

zesgrundlage ggf. durch Erlass sicherstellen. Die Flüchtlinge würden damit die Grundlage einer selbstgestalteten Lebensführung zurückerhalten.

- Im Gesetz ist vorgesehen, dass die Höhe der zu gewährenden Leistungen jeweils zum 1. Januar eines Jahres neu festgesetzt wird, „wenn und soweit dies unter Berücksichtigung der tatsächlichen Lebenshaltungskosten (...) erforderlich ist“ (§ 3 Abs. 3 AsylbLG). Eine solche Neufestsetzung der Beträge ist in den vergangenen Jahren nicht erfolgt. Zum nächst möglichen Zeitpunkt muss eine Prüfung durchgeführt werden, auf deren Grundlage eine angemessene Erhöhung der Leistungen rechtzeitig zum gesetzlich vorgegebenen Zeitpunkt erfolgen kann, die dem Anstieg der tatsächlichen Lebenshaltungskosten Rechnung trägt. Ferner sollten die Prüfergebnisse, die der Festsetzung der Leistungshöhe jeweils zugrunde liegen, veröffentlicht und künftige Anpassungsprüfungen dem gesetzlichen Auftrag entsprechend jährlich vorgenommen werden.

- Die Regelung im § 4 AsylbLG sieht eine ärztliche und zahnärztliche Behandlung lediglich im Falle akuter Erkrankungen und Schmerzzustände vor. Die Abgrenzung von akuten und chronischen Krankheiten ist im konkreten Einzelfall unter Umständen schwierig und kann nur nach einer ärztlichen Untersuchung, nicht aber vom Sachbearbeiter im Sozialamt getroffen werden. Um unzumutbare Härten zu vermeiden, sollte durch die Vergabe von Krankenscheinen sichergestellt werden, dass die erforderlichen Untersuchungen im Zweifelsfall von ärztlichem Personal durchgeführt werden. Die Bestimmungen des Gesetzes sind zudem in der Weise anzuwenden, dass eine medizinische Behandlung von akuten Krankheitszuständen auch im Zusammenhang mit chronischen Erkrankungen gewährleistet ist.

- Bei Anspruchseinschränkungen nach § 1a AsylbLG geht es in jedem Einzelfall um eine weitere Absenkung eines gegenüber dem Bundessozialhilfegesetz ohnehin eingeschränkten Existenzminimums der Betroffenen. Gerade solche erheblichen Eingriffe bedürfen nicht nur einer sorgfältigen und umfassenden Prüfung der Umstände des Einzelfalls durch das Sozialamt, sondern auch einer rechtzeitigen, schriftlich begründeten Ankündigung der geplanten Leistungseinschränkung sowie schließlich eines schriftlich begründeten Bescheids.

Für den Fall, dass sich Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gegen die Sozialämter voraussehbar zeitlich herauszögern, sollten den Betroffenen – ohne damit einen Rechtsanspruch anzuerkennen – bis zur gerichtlichen Entscheidung über das einstweilige Rechtsschutzverfahren ungekürzte Hilfen (weiter) gewährt werden.

Wiesbadener Appell vom 16. Februar 2000

Rechtsstaatlichkeit und politische Kultur wahren - Hessen braucht Neuwahlen

(Wortlaut)

Unsere Demokratie gründet auf der Legitimation und rechtsstaatlichen Begrenzung politischer Herrschaft. Sie lebt vom Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger in die Rechtmäßigkeit der Regierung und ihres Handelns. Führende Politiker der hessischen CDU haben in der Finanzaffäre diese Verfassungswerte missachtet.

Siebzehn Jahre Rechts- und Verfassungsbruch durch die CDU Hessen müssen rückhaltlos aufgeklärt werden. Aufklärung muss auch Konsequenzen haben. Die notwendige Darstellung der Vorgänge kann nicht die Frage nach persönlicher und politischer Verantwortung ersetzen. Dazu haben die Beteiligten offensichtlich nicht die Kraft.

Der Hessische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Roland Koch hat die Öffentlichkeit und das Parlament über seine persönliche Verstrickung wissentlich getäuscht. Im Sinne der politischen Verantwortung für das Land Hessen und unsere Demokratie fordern wir Roland Koch auf, von seinem Amt als Ministerpräsident zurückzutreten.

Wir appellieren an die FDP Hessen, sich auf ihre liberalen Traditionen zu besinnen und Konsequenzen zu ziehen: Verlassen Sie die Koalition und machen Sie den Weg frei für Neuwahlen in Hessen! Diese Aufforderung, einen neuen, legitimen Wählerauftrag einzuholen, richten wir an alle Fraktionen des Hessischen Landtags.

Solange die gewählten Vertreter des Volkes in unserer Demokratie die Kraft aufbringen, Verantwortung auch in schwierigen Zeiten zu übernehmen und vor den Wähler zu treten, solange die unabhängige Justiz und die Medien die Regierenden kontrollieren, solange ist dies keine Krise des Staates. Wir fordern die politisch Verantwortlichen in Hessen auf: Bewahren Sie unseren Rechtsstaat und die politische Kultur.

Erstunterzeichnerinnen/Erstunterzeichner:

Dr. Frolinde Balsler, Historikerin und Trägerin der Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen, Frankfurt am Main * Berthold Balzer, Gewerkschaftssekretär, Frankfurt am Main * Privatdozent Dr. Johannes M. Becker, Politologe, Marburg * Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller, Stuttgart * Prof. Dr. Diethelm Conrad, Theologe, Marburg * Prof. Dr. Heinrich Dauber, Universität Gesamthochschule Kassel * Prof. Dr. Helga Deppe, Erziehungswissenschaftlerin, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Hans-Ulrich Deppe, Mediziner, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Frank Deppe, Politikwissenschaftler, Marburg * Prof. Dr. Adalbert Evers, Politologe, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Christoph Elsas, Theologe, Marburg * Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg, Soziologe, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Georg Fülberth-Sperling, Politikwissenschaftler, Marburg * Prof. Dr. Erhard Gerstenberger, em. Prof. für ev. Theologie, Marburg * Günter Grass, Schriftsteller, Nobelpreisträger für Literatur, Lübeck * Prof. Dr. Jürgen Habermas, em. Prof. für Philosophie an der Universität Frankfurt, Starnberg * Karl-Heinz Häuser, Bezirksvorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft Hessen/Rheinland-Pfalz, Linden * Prof. Dr. Eike Hennig, Politologe, Schwalbach/Ts. * Detlef Hensche, Bundesvorsitzender der IG Medien, Stuttgart * Gerhard Herbst, Vorsitzender des Landesbezirks Hessen/Rheinland-Pfalz/Saar der Gewerkschaft Nahrungsmittel-Genuss-Gaststätten, Frankfurt am Main * Erich Herrmann, ehem. Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Nahrungsmittel-Genuss-Gaststätten, Offenbach * Prof. Dr. Axel Honneth, Prof. für Philosophie, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Rainer Jaenicke, Biophysiker, Regensburg * Prof. Dr. Hartmut Jungclas, Physiker, Marburg * Viktor Kalla, Betriebsratsvorsitzender Frankfurter Rundschau, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Dr. Siegfried Keil, Sozialethiker, Universität Marburg * Franz-Josef Kemper, ehem. Leichtathletik-Weltrekordler, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Dieter Kramer, Kulturwissenschaftler, Frankfurt am Main/Wien * Hans Kroha, Landesvorsitzender Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen, Frankfurt am Main * Dr. Helmut Küster, Sonderschullektor, Niederkrüchten * Ernst-Ludwig Laux, stv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender Hessen der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main * Herbert Leuninger, Träger der Wilhelm-Leuschner-Medaille des Landes Hessen, Hofheim * Emil Mangelsdorff, Jazzmusiker, Frankfurt am Main * Klaus Mehrens, Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt am Main * Dr. Margarete Mitscherlich-Nielsen, Psychoanalytikerin, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Oskar Negt, Hochschullehrer, Hannover * Günter Pabst, Verwaltungsleiter, Stadtverordneter, Schwalbach/Ts. * Prof. Dr. Holger Probst, Psychologe und Erziehungswissenschaftler, Marburg * Prof. Dr. Wolfgang Putschke, Germanist, Kirchhain * Linda Reisch, Publizistin, Frankfurt am Main * Bergrun und Prof. Dr. Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker, Gießen * Prof. Dr. Gerd Richter, Internist, Marburg * Peter Rühmkorf, Schriftsteller, Hamburg * Prof. Dr. Theo Schiller, Politikwissenschaftler, Marburg * Prof. em. Dr. Alfred Schmidt, Prof. für Philosophie, Frankfurt am Main * Prof. Dr. Achim Schröder, Sozialpädagogin, FH Darmstadt * Prof. Dr. Jürgen Seifert, Politologe und Verfassungsrechtler, Hannover * Klaus Staeck, Grafiker, Heidelberg * Prof. Dr. Gerhard Stemmler, Psychologe, Marburg * Prof. Herbert Swoboda, Schwalbach/Ts. * Prof. Dr. Lothar Tent, Psychologe, Marburg * Dr. Henning Voscherau, Jurist, Hamburg * Jutta Wallerich, Frankfurt am Main * Norbert Weinbach, Polizeibeamter, stv. Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Hessen, Lorsch * Klaus Wiesehügel, Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt am Main * Ilse Christine Winter, Schauspielerin, Saarbrücken * Privatdozent Dr. Thomas von Winter, Politikwissenschaftler, Marburg * Judith Whittaker-Stemmler, Übersetzerin, Marburg * Klaus Zwickel, Gewerkschafter, Frankfurt am Main.